

Vereinbarung

für die Wahlperiode 2009 – 2014 des Stadtrates Worms

zwischen den Fraktionen

- der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - **SPD** -
- und
- der Christlich Demokratischen Union - **CDU** -

I. Vorbemerkung

Mit der Kommunalwahl am 07. Juni 2009 haben die Wählerinnen und Wähler in der Stadt Worms über die künftige Zusammensetzung des Stadtrates entschieden. Das Ergebnis der Wahl ist einerseits geprägt von einer erneut bedauerlich geringen Wahlbeteiligung, andererseits von einer grundsätzlichen Akzeptanz der bisherigen Stadtpolitik, aber auch von aktuellen bundespolitisch motivierten Stimmungslagen.

Die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Gestaltung der Stadtentwicklung sind im Wandel und beispielweise gekennzeichnet

- durch die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf die Lage vieler lokaler und regionaler Unternehmen und deren Beschäftigte und Familien,
- (in der Folge der Wirtschaftskrise und der ohnehin unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen) durch die sich weiter verschärfende kritische Haushalts- und Finanzlage der Stadt und die sich daraus ergebende Einengung haushaltspolitischer Gestaltungsspielräume,
- daraus folgend durch das Erfordernis der Haushaltskonsolidierung und die Weiterführung des Prozesses der Verwaltungsmodernisierung im Sinne von Effizienz und Dienstleistungsorientierung,
- durch den demografischen Wandel und die damit verbundenen Herausforderungen der Integration unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen in das gesellschaftliche Leben,
- durch das Erfordernis, im Interesse der Weiterentwicklung familienfreundlicher Erziehungs- und Betreuungsangebote allen Kindern von Anfang an bestmögliche Bildungschancen zu ermöglichen,
- durch den Klimawandel und die dringende Notwendigkeit, auch lokale Initiativen in der Energieeffizienz, in der Reduzierung der CO₂-Produktion und in der umweltschonenden Energieerzeugung zu forcieren,

- durch dem Wunsch nach Transparenz und offensiver Vermittlung politischer Entscheidungskonstellationen sowie Möglichkeiten der bürgerschaftlichen Partizipation,
- durch die projektorientierte Zusammenarbeit städtischer, sozialer, kultureller, unternehmerischer und privater Akteure in lokalen Netzwerken im Sinne einer modernen Bürgergesellschaft oder
- durch die sich verstärkende Notwendigkeit der interkommunalen Zusammenarbeit in regionalen Strukturen.

Die Fraktionen von SPD und CDU sind gemeinsam mit dem Oberbürgermeister und den Beigeordneten der Überzeugung, dass die weitere Entwicklung der Stadt angesichts dieser Herausforderungen eine verlässliche und auf breite Basis gestützte Konstellation sowie eine auf das Allgemeinwohl gerichtete sachorientierte und partnerschaftliche Zusammenarbeit im Rat und in der Verwaltungsspitze der Stadt Worms erfordert.

Die bislang in elementaren Zukunftsthemen und herausragenden Projekten der Stadtentwicklung geübte Zusammenarbeit zwischen SPD und CDU hat sich bewährt und der Stadt eine in allen Belangen sichtbare Aufwärtsentwicklung beschert. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt wollen weder eine rücksichtslose Durchsetzung von nicht konsensfähigen Einzelinteressen oder Klientel-Projekten, noch wollen sie eine unreflektierte und nur an parteipolitischen Prinzipien oder subjektiven Neigungen orientierte „Fundamentalopposition“, die wichtige Entwicklungen verhindert.

Ein an der Sache orientiertes partnerschaftliches Miteinander der Ratsfraktionen in grundlegenden Fragen schließt dabei einen konstruktiv-kritischen Dialog oder unterschiedliche Auffassungen in Einzelthemen nicht aus – im Gegenteil: das kritische Wort ist und bleibt ein wichtiges Element im demokratischen Meinungsstreit und ist Bestandteil der Zusammenarbeit. Gleichrangig ist dabei der gegenseitige demokratische Respekt und die Akzeptanz unterschiedlicher Schwerpunkte und Akzente in politischen Fragestellungen.

Die ihre Parteien und Fraktionen vertretenden Vorsitzenden und Stellvertreter/innen und der Oberbürgermeister vereinbaren deshalb für die Wahlperiode 2009 – 2014 eine thematisch-inhaltliche und personalpolitische Zusammenarbeit in wichtigen Themen der Stadtentwicklung. Die Mitglieder der beiden Stadtratsfraktionen wollen gemeinsam mit dem Oberbürgermeister und den Beigeordneten die damit verbundene Verantwortung tragen und bei der Gestaltung der städtischen Entwicklung maßgeblich mitwirken. Die rechtsstaatlichen und gesetzlichen Regelwerke und die durch den Haushalt definierte finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt bilden dabei den Rahmen der Handlungs- und Entscheidungskompetenz.

II. Grundlegende Zielsetzung

Gemeinsames Ziel der Partner ist eine Politik, die vorrangig an den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen und berechtigten Belangen der Bürgerinnen und Bürger, auf eine nachhaltige Stadtentwicklung und damit am Gemeinwohl der Stadt insgesamt orientiert ist und von den Menschen als verantwortungsvoll, gerecht und fortschrittlich empfunden wird.

Angestrebt wird deshalb eine Politik,

- die auf die Stärkung der Wirtschafts- und Steuerkraft und damit auf die Sicherung bestehender und die Schaffung zusätzlicher Ausbildungs- und Arbeitsplätze gerichtet ist,
- die gleichermaßen einen schonenden und nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen und die Entwicklung der Erholungs- und Freizeitangebote beachtet,
- die das Bildungsangebot entsprechend den Erfordernissen bestmöglicher Schulabschlussangebote und bedarfsgerechter Rahmenbedingungen weiter entwickelt
- die aktive Solidarität mit den Schwächeren in unserer Gesellschaft übt und deshalb insbesondere die Belange von Kindern, Jugendlichen, alten, kranken oder behinderten Menschen berücksichtigt,
- die gleichwohl auf eine Stärkung von Freiheit und Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen im Verhältnis zu staatlichen oder kommunalen Institutionen hinwirkt und deshalb den Abbau von Bürokratie und die Weiterentwicklung der Kunden- und Dienstleistungsorientierung in der öffentlichen Verwaltung unterstützt,
- die auf einen sparsamen und effizienten Umgang mit den öffentlichen Finanzen gerichtet ist, gleichwohl die Erhaltung des städtischen Vermögens und der dem gesellschaftlichen Leben dienenden öffentlichen Einrichtungen sowie die für die Zukunftsfähigkeit der Stadt erforderlichen Investitionen in die soziale, technische und kulturelle Infrastruktur ermöglicht,
- die das geschichtliche Erbe unserer Stadt pflegt und bewahrt und seine Potenziale im Sinne eines breit gefächerten Kulturangebotes für alle Schichten der Bevölkerung erlebbar und nutzbringend mit bürgerschaftlichen und regionalen Netzwerken verbindet,
- die auf den interkulturellen Dialog, auf Integration und Teilhabe von Bürgern mit Migrationshintergrund gerichtet ist und die Potenziale unterschiedlichster Kulturen nutzt,
- die dem Bedürfnis nach Sicherheit und Ordnung durch Maßnahmen und Projekte der Prävention, aber auch durch Kontrolle und Durchsetzung ordnungsbehördlicher Vorschriften Rechnung trägt,
- die auf Gleichwertigkeit der Wohn- und Lebensqualität und den Abbau sozialer Segregation in allen Stadtteilen sowie eine Stärkung örtlicher und gesamtstädtischer Identität gerichtet ist.

III. Projekte und Handlungsfelder / Entscheidungsbedarf

Die Partner sind sich einig, dass in einer Reihe von Handlungsfeldern und Projekten in der bevorstehenden Wahlperiode Entscheidungsbedarf ansteht, der im Einvernehmen geregelt werden soll. Die nachstehenden Themen und Projekte sind beispielhaft benannt. Es wird vereinbart, über die jährlichen Haushalte der Stadt jeweils Einvernehmen herzustellen und im Ergebnis die Beschlussfassung im Stadtrat sicherzustellen.

A. Stadtteile und Vororte

Abenheim

- Erschließung Talbachweg
- Außengebietsentwässerung
- Sanierung Festhalle / Ausbau Feuerwehr
- Renaturierung Waschbach
- Sportanlagen FSV/TV

Heppenheim

- Neubaugebiet „An der Kolbenmühle“
- Ehem. Falkenheim“

Herrnsheim

- Erweiterung Friedhofparkplatz
- Sportstättenentwicklung SG. Eintracht

Hochheim

- Hochwasserschutz Pfrimm
- Ortseingang Hauptfriedhof

Horchheim

- Ausbau Hauptstraße

Ibersheim

- Straßenbau / Erschließung „Im Krautland“

Leiselheim

- Hochwasserschutz Pfrimm

Neuhausen

- Ausbau Teilstück Gaustraße
- Nutzung „Kiefer-Koch-Quartett“
- Evtl. Projekt „Soziale Stadt Neuhausen-West“

Pfeddersheim

- Sanierung Türme entlang ehem. Stadtmauer
- Entwicklung ehem. Bundeswehrdepot
- Erweiterung Gewerbegebiet Enzinger Straße

Pfiffligheim

- Hochwasserschutz Pfrimm
- Umsetzung Parkpflegewerk Pfrimmpark

Rheindürkheim

- Erwerb/Sanierung „Hessischer Hof“
- Sanierung Bestand Wohnungsbau GmbH
- Entwicklung „Gleisdreieck“
- Entwicklung ehem. Bahnstrecke (innerorts)

Weinsheim

- Erweiterung Baugebiet „Am See“ (reduzierter Verwaltungsvorschlag)

Wiesoppenheim

- Lärmschutz an der A 61

Karl-Marx-Siedlung / Südstadt

- Anbindung an die Innenstadt nach Neubau B 47
- Gemeinschaftseinrichtung KMS
- Unterstützung Quartiermanagement „Wormser Süden – Boosstraße“
- Sportanlage Förderschule / Grundschule
- Städtebauliche Sanierung „Landgraben“
- S-Bahn-Haltepunkt Worms-Süd

Nordend

- Sanierung Bestand Wohnungsbau GmbH (evtl. Projekt „Soziale Stadt“)
- Unterstützung Quartiermanagement im Nordend

Westend

- Verkehrsberuhigung „Brauereiviertel“
- Regionalbahn-Haltepunkt West, Carl-Villinger-Straße

Altstadt

- Sanierung / Erschließung Stadtmauer (Bereich „Raschitor“)
- Abrechnung Sanierungsgebiet

Innenstadt / Einkaufszentrum

- Ausbau Fußgängerzonen Kämmererstraße, Hardtgasse, Haspelgasse
- Stärkung Stadtmarketing / Citymanagement

B. Technische Infrastruktur

Vollendung „Äußerer Ring“

- B 47 – Südumgehung (Anbindung Stadtteile, Verlegung Kleingärten)
- Krankenhaustangente (Planfeststellung und Realisierung)
- Bahnüberführung Fahrweg (BPlan, Vereinbarung mit DB AG)
- Vierspuriger Ausbau B 9 (Anschlüsse, Bahnüberführung)

Parallelentlastung B 9 im IG Nord

- BPlan und Realisierung

Ausbau Kolpingstraße

- Realisierung in Abschnitten

Erneuerung Neusatzbrücke (kleine Lösung)

- Realisierung abhängig von Landesförderung

Vollendung „Innerer Ring“

- Rheinstraße / Ludwigstraße / Woogbrücke-Platzgestaltung (im Bau)
- Hagenstraße/Koehlstraße/Kranzbühlerstraße
- Bahnhofstraße / Bahnhofsvorplatz-Ost

Verkehrs-Kreisbauwerke

- Alzeyer Straße / Kirschgartenweg
- Kirschgartenweg / Speyerer Straße (mit Entwicklung Salamandergelände)
- Valckenbergstraße / Gutleutstraße
- Bebelstraße / Von-Steuben-Straße (mit Entwicklung Liebenauer Feld)

Radwegebau

- innerstädtische Radwege
- Verbindung Pfiffliğheim - Horchheim
- Salierradweg entlang Pfrimm und zum Eisbachtal

Platzgestaltung

- Bahnhofsvorplatz-Ost
- Rathenaustraße (Außenbereich Theater und KuTaZ)
- Rheintorplatz (Woogbrücke)

ÖPNV

- S-Bahn-Haltepunkt Worms-Süd und langfristig S-Bahn-Verbindung nach Frankfurt
- Verbesserung Busangebot in den Abendstunden
- Verbesserung Busangebot für Schülertransporte

IV. Energieversorgung / Klimaschutz

- Grundsatzentscheidung Gas- und Dampf-Kraftwerk
- Grundsatzentscheidung Biogas-Kraftwerk
- Photovoltaikanlagen auf Dächern städtischer Gebäude (auch im Wege der Vermietung von Dachflächen an private Investoren)
- Energetische Sanierung / Heizungsanlagen städt. Gebäude
- Geothermie-Projekte im städt. Gebäudebestand

V. Soziale und kulturelle Infrastruktur

Schulbaumaßnahmen / Kindertagesstätten

- Fertigstellung Generalsanierung Kerschensteiner Schule / IGS-Neubau
- IGS Staudingerschule / Karmeliterchule
- Umsetzung KiTa-Bedarfsplan (Förderung von Betriebs-KiTaS)
- Fortsetzung Modernisierungsprogramm städt. Gebäude
- Sportstättenversorgung Eleonoren-Gymnasium / Westend-Realschule
- „Streetworker-Konzept“ in der Drogenprävention (Albert-Schulte-Park)

Kulturinstitutionen und Kulturförderung

- Fortsetzung der kulturellen Netzwerkarbeit lokal und regional und Förderung der Breitenkultur
- Erhaltung Lincoln-Theater in einer öffentlich-privaten Kooperation (e.V.)
- Volkshochschule: neuer Standort / Raumbedarf
- Schaffung Jugendkulturzentrum
- Bestandssicherung Nibelungenfestspiele und Jazz&Joy
- Fertigstellung Generalsanierung Theater und Neubau KuTaZ

VI. Verwaltungsreform

- Fortsetzung des Prozesses der Verwaltungsreform (Bürgerbüros als zentrale Anlaufstellen in allen Verwaltungsbereichen)
- Standortverlagerung Ämterhaus
- Konsolidierung weiterer Beteiligungsgesellschaften
- Stelleausweitung Feuerwehr und Vollzugsdienst

VII. Wichtige Projekte der Stadtentwicklung

- Planungsrechtliche Sicherung und abschnittsweise Erschließung des Gewerbe- und Technologieparks „Am hohen Stein“ in der Gemarkung Heppenheim als Vorratsfläche für hochwertige Ansiedlungsprojekte
- Fortschreibung des Flächennutzungsplans nach dem Prinzip „Innen- vor Außenentwicklung“
- Erarbeitung eines Bewerbungskonzeptes für eine Landesgartenschau 2018 im Wormser Süden (Schlachthof-Gelände / Floßhafen / Rheinauen / Stadtpark / Bürgerweide / Sanierungsgebiet „Landgraben“)
- Innenstadtverträgliche Entwicklung „Salamander-Gelände“
- Weitere Umsetzung Innenstadtkonzept / Aktualisierung Handels- und Dienstleistungsuntersuchung, Ziel: Stärkung Innenstadt-Einzelhandel
- Aufstellung Bebauungsplan Rheinufer; Regelung mit Bitumina gem. § 32 BauGB
- Prüfung zur Nutzung des Programms „Soziale Stadt“ für weitere Teilgebiete (Wormser Süden, Nordend, Neuhausen-West, Gebiet Gau-/Siegfriedstraße)
- Fortsetzung der Stadtsanierungsprojekte (Prinz-Carl-Anlage, Liebenauer Feld, Bahngelände Ahornweg und Güterhallenstraße)

VIII. Weitere Vereinbarungen

1. Bei der Entscheidung über das künftige Sportstättenkonzept für das Eleonoren-Gymnasium und die Westend-Realschule wird eine Lösung im Konsens mit den Schulen, - auch unter Berücksichtigung einer langfristigen Schulentwicklung (Raumbedarf, Ganztagsbetrieb?) - angestrebt.

2. Unter Sicherung von Bestand und Qualität der Nibelungenfestspiele wird - auch durch die Einbeziehung von Theater und KuTaZ - eine mittelfristige Senkung des städtischen Zuschussbedarfs auf unter 1 Mio. € angestrebt.

3. Das Festival Jazz&Joy soll wieder in Richtung der Ursprünge (mit Flaniermeile) entwickelt werden, wobei ein „top-act“ optional und unter Beachtung der Budget-Vorgaben möglich bleiben soll.

4. Der jährliche Haushaltsplan mit Stellenplan und die Wirtschaftspläne der Beteiligungsgesellschaften werden gemeinsam verabschiedet. In strittigen Einzelfragen stellen die Partner Einvernehmen her.

5. Anträge im Stadtrat - auch die der anderen Fraktionen - stimmen die Partner mit dem Ziel der gegenseitigen Unterstützung bzw. des Abstimmungsverhaltens im Stadtrat rechtzeitig miteinander ab. In allen während der Wahlperiode anstehenden Entscheidungskonstellationen vereinbaren die Partner eine gegenseitige Abstimmung mit dem Ziel der Einigung.

6. Die Partner verständigen sich auf eine Überprüfung der Tarife der städtischen Parkhäuser mit dem Ziel der Frequenzsteigerung in Schwachlastzeiten und der Reduzierung des Zuschussbedarfs. In einem Praxistest soll die Nutzung der Parkhäuser in der ersten halben Stunde kostenlos angeboten werden. In der Rathenaustraße sollen im Einmündungsbereich der „KW“ vier Kurzzeitparkplätze geschaffen werden.

IX. Gremien und Stadtvorstand

1. Der Haupt- und Finanzausschuss hat künftig 17 Mitglieder, der Bauausschuss wird auf 11 Mitglieder reduziert. Die übrigen Gremien bleiben unverändert. Die Sitzverteilung in allen Gremien des Rates und der Beteiligungsgesellschaften erfolgt nach Hare-Niemeyer.
2. Die CDU besetzt erneut die Stelle der / des ehrenamtlichen Beigeordneten mit dem Geschäftsbereich Wohnungsbau GmbH und Flugplatzbetriebs GmbH.
3. Die CDU besetzt nach dem Ausscheiden des Amtsinhabers im Jahr 2013 die Position des 1. Beigeordneten (Bürgermeister).
4. Die SPD besetzt nach dem Ausscheiden des Amtsinhabers im Jahr 2014 die Position des 2. Beigeordneten.
5. Gleichzeitig der Neuwahl der / des 1. Beigeordneten wird eine zusätzliche hauptamtliche Beigeordnetenposition geschaffen, die von der SPD besetzt wird.
6. Die Zuständigkeit für die Jobcenter GmbH in der ARGE und den Friedhofsbetrieb wechselt in das Dezernat II.

Worms, 02. Juli 2009

Für die SPD :

Jens Guth MdL
Karlheinz Henkes

Michael Kissel
Oberbürgermeister

Für die CDU:

Dr. Klaus Karlin
Hans-Joachim Kosubek